



Bayerisches Staatsministerium des Innern, per Mail
für Bau und Verkehr
Sachgebiet IC1
Odeonsplatz 3
80539 München

| | | | |
|---------------------------------|----------------------------------|---|------------|
| Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom | Bitte bei Antwort angeben | Telefon/Telefax | Bamberg, |
| E-Mail v. 08.12.2015 | Unser Zeichen | Name/Sachgebiet/Erreichbarkeit | 30.03.2016 |
| Sb.: Herr Spindler | E-1226-0001 | 0951 9331 - 214/ Herr Wolf Sachgebiet Einsatz | |

Begründung des Antrags/Planrechtfertigung, insbesondere Ziel des mittelfristigen Wegzuges vom Verkehrsflughafen München und Beschränkung auf die Alternative Oberschleißheim wegen der Synergieeffekte mit der Bundespolizei.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 21.06.2013, Az.: IC1-4233.20M-OSH-1, an das Staatliche Bauamt München hat Herr Bäumler, STMI, SG IC1, ausführliche Erläuterungen zur Standortprüfung Oberschleißheim gegeben. Diese wurden unter fachlicher Beratung der Polizeihubschrauberstaffel aktualisiert und ergänzt.

1. Prüfung von Alternativstandorten

Die Bayerische Polizei hat im Zuge ihrer Entscheidung, den auf dem Flughafen München stationierten Teil ihrer Polizeihubschrauberstaffel auf den Flugplatz Oberschleißheim zu verlegen, alle möglichen Alternativstandorte gründlich geprüft.

In diese Prüfung wurden die Erkenntnisse aus der Verlagerung der Staffel im Jahr 1998 vom seinerzeitigen Standort, dem aufgelösten Luftwaffenstützpunkt Neubiberg, auf den Flughafen München mit einbezogen. Damals wurden unter Einbindung des für den Luftverkehr federführenden Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie eingehend die Standorte Augsburg, Ingolstadt-Manching, Ottobrunn

(Standort ehemals der Firma Eurocopter), Oberpfaffenhofen, Jesenwang und Fürstenfeldbruck auf ihre Eignung für die Polizeihubschrauberstaffel untersucht.

Dabei war zu berücksichtigen, dass zwei Drittel der Einsätze der Polizeihubschrauberstaffel Bayern im Großraum München und südlich davon liegen. Die Hubschrauber müssen aus polizeitaktischen Gründen möglichst nah am bzw. im Haupteinsatzgebiet stationiert werden. Mit einer Entfernung von rund 60 - 70 km zu München und einer Anflugzeit von mindestens 20 Minuten liegen Augsburg und Ingolstadt-Manching zu weit ab. Ein derart zeitaufwändiger Anflug kann im Einsatzfall nicht akzeptiert werden. Ottobrunn (seinerzeit Standort der Firma Eurocopter) und Jesenwang verfügten nicht über die zu diesem Zeitpunkt insbesondere für den Nachtflugbetrieb geforderten technischen Anflughilfen. Der seinerzeitige Werksflugplatz Oberpfaffenhofen schied aus, weil die Bayerische Polizei dort die gesamten logistischen Dienste (Feuerwehr, Tower, Tanken usw.) alleine hätte finanzieren müssen und der Standort dadurch deutlich teurer gekommen wäre als der Flughafen München. Der Luftwaffenstützpunkt Fürstenfeldbruck schied aus, weil die Beendigung des Flugbetriebes absehbar war.

Bei der im Zuge der Entscheidung für Oberschleißheim erneut durchgeführten Prüfung möglicher Alternativstandorte schieden die Flugplätze Augsburg und Ingolstadt-Manching aus den vorgenannten Gründen wieder aus. In Jesenwang fehlten immer noch die für den Nachtflugbetrieb geforderten Anflughilfen. Der Standort der Firma Eurocopter in Ottobrunn war inzwischen aufgelöst. Für den Standort Fürstenfeldbruck war die flugrechtliche Zulassung endgültig erloschen. Der Standort Oberpfaffenhofen war ausschließlich als Werksflugplatz ausgewiesen. Seine Nutzung wurde zudem in einem laufenden Gerichtsverfahren überprüft. Die anliegenden Kommunen waren strikt gegen eine Nutzungserweiterung. Damit war der Standort Oberpfaffenhofen für eine Stationierung von Polizeihubschraubern nicht geeignet.

Über diese Standorte hinaus wurde auch eine Verlagerung der Polizeihubschrauber auf einen der von der Bundeswehr im Großraum München bzw. in Südbayern zur Schließung oder Reduzierung vorgesehenen Standorte geprüft:

- Der Bundeswehrstandort Kaufbeuren kam wegen seiner zu großen Entfernung zu München (rund 90 km) nicht in Frage.
- Der Bundeswehrstandort Landsberg-Penzing wird bis voraussichtlich 2020 noch von der Bundeswehr in vollem Umfang selbst genutzt.

Damit verblieb zum Zeitpunkt der Entscheidung, die Polizeihubschrauberstaffel Bayern zur Fliegerstaffel der Bundespolizei am Flugplatz Oberschleißheim zu verlegen als einziger, aus flugbetrieblicher Sicht, geeigneter Standort im Großraum München der Flugplatz Oberschleißheim.

Aufgrund eines erforderlichen Planfeststellungsverfahrens für die Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flugplatz Oberschleißheim wurden die noch in Frage kommenden Alternativstandorte aktuell erneut überprüft.

Die Polizeihubschrauberstaffel ist derzeit an zwei Standorten in Bayern stationiert. Am Flughafen München für den südbayerischen Raum und für den fränkisch-/nordbayerischen Raum eine Außenstelle am Bundeswehrstandort in Roth. Als polizeitaktische „Einsatzgrenze“ ist geographisch in etwa der Verlauf der Donau anzusehen.

Die vom Flughafen München aus geflogenen Polizeieinsätze sind überwiegend im Großraum München und in südlicher Richtung davon bis in das bayerische Alpengebiet.

Die Verkehrsflugplätze Augsburg, Memmingen und Ingolstadt-Manching sind aufgrund einer polizeitaktisch, notwendigen kurzen Anflugzeit in das relevante „Haupteinsatzgebiet“, wie bereits mehrfach erläutert, zu weit entfernt.

Der Flugplatz Oberpfaffenhofen ist weiterhin auf die Nutzung als Werksflugplatz beschränkt. Eine Erweiterung der Betriebserlaubnis für einen 24-Stunden Flugbetrieb „rund um die Uhr“ durch die Polizeihubschrauber scheint aufgrund der bereits bestehenden Klagen und den zu erwartenden „Bürgerprotesten“ als aussichtslos. Zudem müssten alle Kosten, die außerhalb des Werksflugbetriebes anfallen, wie Tower-Kontrolle, Feuerwehr, Tankdienst usw. von der Polizeihubschrauberstaffel getragen werden. Daher scheidet der Flugplatz Oberpfaffenhofen nach derzeitiger Lagebewertung als Alternativstandort aus.

Der Flugbetrieb am Flugplatz der Luftwaffe in Landsberg-Penzing wird laut Beschluss des Bundesverteidigungsministeriums voraussichtlich 2020 eingestellt und scheidet daher als langfristig gesicherter Standort aus.

Der Flugbetrieb an den Luftwaffenstandorten in Fürstenfeldbruck und Erding ist eingestellt und die Standorte werden laut Beschluss des Bundesverteidigungsministeriums geschlossen.

Allen anderen relevanten Flug- und Landeplätzen im Großraum München (z.B. Jesenwang, Königsdorf und Landshut) fehlen die Zulassung und die logistischen Voraussetzungen für einen Flugbetrieb „24-Stunden rund um die Uhr“. Die Sicherung der Liegenschaften der Polizeihubschrauberstaffel, der Brandschutz, der Schneeräumdienst und das erforderliche Personal für die Luftaufsicht wären mit erheblichen Kosten verbunden.

Der Standort Oberschleißheim liegt am nördlichen Stadtrand von München, zentral im Haupteinsatzgebiet. Polizeitaktisch notwendige kurze Anflugzeiten sind für diesen Schwerpunktbereich sichergestellt. Der Standort Oberschleißheim ist zudem bei einem erforderlichen Mitflug im Polizeihubschrauber für die in München stationierten Spezialeinheiten (z. B. SEK-Südbayern, LKA-TSG, LKA-IMSI-Team) unkompliziert und schnell zu erreichen. Speziell für den Nachtflugbetrieb kann ein bereits vorhandenes und von der Bundespolizei betriebenes, technisches Anflugsystem für Hubschrauber genutzt werden.

2. Erläuterung der Synergieeffekte

Die Bayerische Polizei erwartet aus der Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, Fliegerstaffel Süd, am künftigen gemeinsamen Standort Oberschleißheim erhebliche und nachhaltige Synergieeffekte

a) beim Bau des Staffelgebäudes mit Hallen, Werkstätten und Vorfeld:

Bundespolizei und Bayerische Polizei errichten die Gebäude für ihre Hubschrauberstaffeln jeweils als eigenes Bauprojekt, beide Gebäudeteile schließen aber aneinander an und sind in Gestaltung und Technikausstattung voll aufeinander abgestimmt.

Die Bundespolizei legt die Infrastruktur ihres Neubaus (Heizung, Strom- und Notstromversorgung, Datenleitungen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Sicherung der Anlage, Verkehrswege, Tower u. a.) bereits auf die Mitnutzung durch die Polizeihubschrauberstaffel Bayern aus. Die Bayer. Polizei beteiligt sich daran mit einem Kostenanteil von rund 7,3 Mio. €. Sie kann dann ihren eigenen, im Anschluss an das Bauprojekt des Bundes errichteten Bauteil an die Infrastruktur des Bundespolizeigebäudes anschließen und spart damit mehrere Mio. € ein, die eine eigenständige Infrastruktur mehr gekostet hätte. Auch dem Bund bringt der gemeinsame Einbau der Infrastruktur entsprechende Einsparungen.

b) bei der Bewirtschaftung der Liegenschaft:

Bundespolizei und Bayerische Polizei werden sich durch die gemeinsame Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften erhebliche Kosten ersparen (z. B. gemeinsame Hausmeister, Reinigung, Schnee-/Eisräumung, Sicherung der Liegenschaften, Wartung der Versorgungseinrichtungen, Küche, Pförtnerdienste, Versorgung mit Flugkraftstoff, Heizung, Elektrizität usw.).

c) im Flugbetrieb:

Bundespolizei und Bayerische Polizei werden den Flugbetrieb weitgehendst gemeinsam organisieren (z. B. Einsatzzentrale, Flugleitung, Tower-Besatzung, Feuerwehr und Tankdienst). Auch im Bereich des Luftfahrttechnischen Betriebes sind Synergieeffekte vorstellbar. So wird bei beiden Staffeln ein nahezu baugleiches Hubschraubmuster EC 135 betrieben (z. B. durch eine mögliche gemeinsame Ersatzteilverhaltung, Nutzung von Spezialwerkzeugen, gegenseitige Unterstützung durch technisches Fachpersonal usw.).

d) bei der Zusammenarbeit im Polizeieinsatz:

Der gemeinsame Standort der beiden Fliegerstaffeln verspricht eine noch engere und effektivere Zusammenarbeit und polizeitaktische Synergien im Einsatz. Vor allem aus diesem Grund haben die Innenminister von Bund und Freistaat Bayern diese Zusammenarbeit der beiden Polizeihubschrauberstaffeln vereinbart. Die Einsatzbereiche der beiden Staffeln ergänzen sich, die kurzen Wege erlauben im Einsatzfall ein rasches Zugreifen auf die Maschinen und das Personal der jeweils anderen Staffel.

Das Bauvorhaben der Bundespolizei Fliegerstaffel in Oberschleißheim ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass die Gebäude seit Anfang 2016 bezogen sind und die Infrastruktur für den Flugbetrieb von der Bundespolizei genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Sommer
Polizeipräsident